

Pressedossier

Corona: die Situation in Frankreich aus Sicht der deutschen Presse

Inhaltsverzeichnis

„Sonne, Strand und leer“	1-4
„Spiegel Gespräch, Ein Gipfeltreffen europäischer Intellektueller“	5-8
„Grenzpendler im Homeoffice“	9
„Globalen Krisen müssen wir mit europäischer Innovation begegnen“	10
„Wenn die Grenze zur Mauer wird“	11
„Info Corona-Virus: Maßnahmen und Einreisebeschränkungen in Frankreich“	12-15
„Corona Frankreich aktuell“	16-19
„EU-Wiederaufbauplan: Endlich wieder Liebe“	20-23
„Covid-19: Die Nachrichten am Montag, den 18.05.“	24
Quellenverzeichnis	25

Artikel über die Auswirkungen des Corona-Virus auf den Tourismus (mit Beispiel mehrerer europäischer Länder, unter anderem Frankreich)

und so demokratisch wie nur denkbar: Arbeitsebene Beckenrand.

Das Corona-Jahr hat das Verhältnis zwischen Gastgebern und Gästen nicht einfacher gemacht, das zeigt ein Blick nach Spanien.

Für die Spanier ist die Corona-Pandemie zu einem kollektiven Trauma geworden. Sieben Wochen lang waren die Bürger eingesperrt, oft in kleinen Wohnungen ohne Terrasse, Balkon oder ausreichend Licht. Auf die Straße durfte man in diesen Wochen nur zum Einkaufen oder kurz mit dem Hund. Jetzt dürfen Kinder wieder ins Freie – eine Stunde, mit Überwachung, und ab Samstag ist Erwachsenen auch Sport erlaubt. Mindestens bis Ende Juni aber, so viel ist nun klar, dürfen sie nicht in andere Provinzen reisen. Sie haben all das ertragen, haben sich der Logik unterworfen: So wenig Bewegung wie möglich. Der Tourismus steht dieser Logik strukturell entgegen.

Einerseits brauchen spanische Unternehmen und Arbeitnehmer die Gäste aus dem Ausland so sehr wie noch nie.

Andererseits haben sich die Touristen auch in ein Infektionsrisiko verwandelt. Wer sich in ein Flugzeug aus London oder Berlin nach Palma de Mallorca setzt, könnte das Virus einschleppen.

Soll man sich jetzt freuen, wenn sie wieder da sind, oder nicht? Werden sie Verständnis haben für die spanische Situation?

Dazu kommt, dass sich mancher Deutsche im Kampf darum, seine Zweitwohnung auf Mallorca wieder bewohnen zu dürfen, eben doch noch wie ein homo teutonicus benimmt.

Der Appell, jetzt daheimzubleiben, könnte sich jedenfalls in mancher Hinsicht als Horizontverengung erweisen. Es mag gut fürs Klima sein, in den Bayerischen Wald zu fahren und nicht nach Sizilien. Für den homo teutonicus ist es im Zweifel nicht so gut. Und für die Branche natürlich auch nicht, der dieser Deutsche mit seiner Reiselust schöne Einnahmen und satte Gewinne bescherte.

Wer kurzarbeitet, reist weniger, selbst wenn die Grenzen wieder öffnen sollten. Er braucht das Geld dringender für anderes. Wer selbstständig ist, fürchtet die Pleite oder erlebt sie schon. Die Arbeitslosigkeit wird steigen. Auch in großen Firmen rumort es, fürchtet man die Insolvenz.

So ging die Erfolgsgeschichte der deutschen Reisebranche jäh zu Ende. Allein von Mitte März bis Ende April musste sie Umsatzeinbußen von fast fünf Milliarden Euro verkraften. Neue Anfragen oder gar Buchungen kommen kaum noch herein, und wenn, dann allenfalls für den Herbst oder das nächste Jahr – problematisch für Reiseveranstalter wie den Marktführer

Titel



Thessaloniki, Griechenland 2,2 Millionen Touristen pro Jahr

TUI, den zur Rewe-Gruppe gehörigen Wettbewerber ITS, DER Touristik oder das Münchner Unternehmen FTI.

Was tun, wenn alles leer steht, wenn niemand bucht?

Ein Pariser Vertreter der Reisebranche, Sébastien Bazin, sitzt in der obersten Etage eines Hochhauses in Issy-les-Moulineaux mit Blick auf Sacré-Cœur und die Seine und ein ziemlich stilles Paris. Er ist Chef des größten französischen Hotelunternehmens Accor, das über 5000 Übernachtungshäuser weltweit und 150 000 Zimmer allein in Frankreich verfügt.

Bazin ist auch Berater der französischen Regierung und soll Vorschläge erarbeiten, wie man sich aus der Krise befreit. Man ist aber erst mal mittendrin.

Bazin ist kein typischer französischer Manager – er war auf keiner Eliteschule, hat lange in New York gelebt, eine Zeit lang den Fußballklub Paris Saint-Germain gemanagt. Er hat seit Beginn der Krise mehrere ungewöhnliche Dinge veranlasst: Die Accor-Geschäftsführung schüttete keine Dividenden an die Aktionäre aus. Sein

Gehalt, über 1,5 Millionen Euro pro Jahr, reduzierte Bazin um 25 Prozent.

Leere Hotelzimmer im Großraum Paris stellt er seit Wochen Krankenhauspersonal und Polizisten zur Verfügung, die ihre Familien nicht mit dem Coronavirus anstecken wollen, außerdem Obdachlosen, Infizierten, die sich isolieren müssen, und Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind. Die Regierung übernimmt eine Kostenbeteiligung, 30 bis 60 Euro pro Nacht. Er will das Angebot auf ganz Frankreich ausweiten, danach auf Europa: »Es gibt nichts Traurigeres als ein leeres Hotel.«

Bazin sieht seine Kette gut genug gerüstet, um die Krise zu überstehen. Für die anderen setzt er auf den geplanten, milliardenschweren Investitionsfond der EU, um angeschlagene Unternehmen langfristig zu unterstützen. Und, wer tut das nicht in der Branche, auf eine Öffnung der Grenzen im Schengenraum in diesem Sommer.

Die leeren Hotels für Bedürftige öffnen – das ist selten. Das Verlangen nach staatlicher Unterstützung ist es nicht.

Unternehmen wie die TUI oder die FTI-Gruppe haben sich schon im großen Stil staatliche Unterstützung und Kredite gesichert. TUI war vergangene Woche an der Börse zeitweise gerade mal zwei Kreuzfahrtschiffe wert. Die Marktkapitalisierung sank auf unter zwei Milliarden Euro.

Auch Partnerfirmen wie Transportunternehmen oder Ausflugsveranstalter werden mit in den Abwärtstrudel gerissen. Wie schlimm es die Fluggesellschaften erwischt hat, zeigt ein Vergleich mit der Finanzkrise. Damals brauchte es ein ganzes Jahr, bis die Passagierzahlen an europäischen Flughäfen um 100 Millionen Gäste



Reiseführer Sfikas
Auch die Amerikaner bleiben fort



Lissabon, Portugal 7,5 Millionen Touristen pro Jahr

RAFAEL MARCHANTE / REUTERS

geschrumpft waren. Das Coronavirus schaffte das innerhalb eines Monats.

Es wird sicher lange dauern, bis beim Anblick von Kreuzfahrtschiffen niemand mehr an Corona denkt. Die Kreuzfahrten waren ohnehin schon in der Diskussion als Ausdruck für ökologisch fragwürdiges Reisen, für Luftverschmutzung und Overtourism, der Städte wie Venedig überrollt. Dann kam Covid-19, und die »Diamond Princess«, die mit ihren kranken Passagieren wochenlang vor Yokohama in Quarantäne lag, wurde zum Symbolbild der Pandemie: Achtung, Virus an Bord. Das wirkt nach.

Ein anderes Problem für die Reedereien dürfte die Frage werden: Wohin sollen sie überhaupt fahren? Kleine Inseln werden wohl lange Zeit tabu sein und ein Anlegen nicht zulassen. Auch große Länder wie die USA, die mit hohen Infektionsraten kämpfen, könnten wenig begeistert sein.

TUI-Chef Fritz Jousen übte in seinem jüngsten Mitarbeiterbrief vom Dienstag scharfe Kritik an Heiko Maas und Markus Söder, allerdings ohne ihre Namen zu nennen. Sie hätten das Jahr »bereits komplett abgeschlossen« oder betrieben Werbung »für Urlaub im eigenen Land« anstatt Ideen zu entwickeln, »unter welchen Bedingungen Urlaubs- und Flugreisen wieder möglich werden«.

Gute Chancen für eine baldige Öffnung sieht er unter anderem in Griechenland, Zypern, Bulgarien und Portugal. Diese Länder suchten das Gespräch mit der TUI und bereiteten sich »sehr intensiv auf die Rückkehr der Touristen vor«.

Europa war für die Europäer in den vergangenen Jahrzehnten vertrautes Gebiet, es war Heimat in der Fremde. Jetzt besteht

es wieder aus Grenzen, Schlagbäumen, ein Labyrinth voller Hindernisse.

Wie sehr sich die Welt in den letzten Monaten verändert hat, verrät ein Blick auf die Internetseiten des Familienunternehmens »Studiosus«. Es wirkt wie ein Dokument aus längst vergangener Zeit, was sich dort findet, und stammt doch erst aus dem vergangenen November. »Die Highlights einer der schönsten Küsten Europas mit weltoffenen Singles und Alleinreisenden entdecken«: So wird dort geworben für eine Gruppenreise Mitte Juni nach Kroatien. Natürlich ist sie nicht buchbar.

Das 1954 gegründete Unternehmen, das heute vom Sohn des Gründers, Peter-Mario Kubsch, geführt wird, veranstaltet Reisen für eine gehobene Klientel, in der Regel kunst- und kulturinteressiert. Zurzeit basteln Kubsch und seine Angestellten teilweise in Kurzarbeit, hoffnungsvoll am Programm für das Jahr 2021.

Angebote aus früheren Programmen, zum Beispiel ein »Barbecue mit australischen Rettungsschwimmern« oder der »Gedankenaustausch mit griechischen Nonnen«, dürften in künftigen »Studiosus«-Katalogen kaum noch auftauchen. Dabei wollen die Münchner, laut ihrem eigenen Leitbild, »das Miteinander der Menschen fördern« und »zum Kennen-Menschen und Kulturen anderer Länder, Wann das wohl wieder geht?«.

In vielen Ländern arbeiten Planer jetzt an Sicherheitskonzepten, an Seuchenbekämpfung – und daran, dass es möglich wenig Miteinander gibt.

In Apulien, im südlichen Italien, wird tatsächlich mit Plexiglas-Kabinen am

Strand experimentiert. Betreuungspersonal soll den Gästen Nummern ausgeben, die zu einem Bad im Meer berechtigen – für jeweils zehn Minuten.

Im französischen Saint-Tropez tüftelt der Wirt des berühmten »Club 55« am Strand von Pampelonne an einem Konzept, das auf Angestellten in Schutzanzügen, Kellnern mit durchsichtigen Folien vor dem Gesicht und Gästen basiert, die sich nur in einer Richtung durchs Lokal bewegen dürfen. Für die Strandliegen will er eingeschweißte sterile Papieraufgaben ausgeben. Vorausgesetzt, der Strand wird zum Sonnenfreigegeben.

Auch das Fliegen soll sich ändern. Die Lufthansa, so sie denn noch fliegt, verpflichtet ihre Passagiere, Atemschutzmasken zu tragen. Auf viel technische Überwachung setzt der Flughafen Incheon in Seoul: Dreimal müssen die Fluggäste ihre Körpertemperatur mit einer Wärmekamera messen lassen, am Eingang, im Sicherheitsbereich der Abflughalle und kurz vor dem Boarding am Gate. Wem dabei auffällig warm ist, der darf nicht einsteigen.

Die Fluglinie Emirates aus Dubai wiederum führte kürzlich Blut-Schnelltests bei Passagieren auf dem Weg nach Tunesien durch; ein Vorgehen von bisher sehr zweifelhafter Genauigkeit. Das Tragen von Handschuhen und Masken am Flughafen und in der Maschine sind bei Emirates ohnehin Pflicht. Zeitungen gibt es an Bord nicht mehr, das Essen wird in einer abgepackten Box serviert, natürlich mit Sicherheitsabstand. Handgepäck ist nicht erlaubt.

Die Flugbegleiter müssen zusätzlich noch einen Einwegschutzkittel über der Uniform tragen und ihr Gesicht hinter einem durchsichtigen Plastikvisier verbergen. Eine italienische Firma präsentierte gerade Plexiglas-Trennwände, die auf Kopfhöhe zwischen den Flugzeugsitzen eingezogen werden können und vor Tröpfcheninfektionen schützen sollen.

In Hotels, auch in Deutschland, wird über die Abschaffung des Frühstücksbüfets nachgedacht, über Trennvorrichtungen zwischen Restauranttischen, Desinfektionsmaßnahmen.

In Berlin soll mit dem Aeronaut-Hotel eine besonders keimarme Herberge eröffnet werden – mit Desinfektionsschleuse und einem Automaten, der dem Gast Einwegschuhe überzieht. Die Luft werde ionisierend gereinigt. Fahrstühle sollen kontaktlos funktionieren, die Fußmatten nebenbei Keime aufnehmen und vernichten. Manche Konzepte klingen eher nach Krankenhaus als nach Erholung.

Eigentlich wäre das ja die Kernkompetenz der Reisebranche: Die Erwartung zu wecken, der Mensch werde einen Tag, eine Woche oder vier Wochen lang glücklich sein.

Stattdessen hat es der Reisende nun mit Seuchenhygiene, Quarantänebestimmungen, Reisewarnungen zu tun.

Ein Signal der Hoffnung soll jetzt von Österreich ausgehen. Auch dort fehlen die Deutschen, die sonst ein gutes Drittel von 150 Millionen Übernachtungen jährlich stellen. In Kärnten sind es sogar fast 40 Prozent. Österreich würde die Grenze gern schnell für die Deutschen passierbar machen, aber Berlin ist bisher dagegen.

Der Wörthersee mit blaugrün schimmerndem Wasser vor Karawankenkulisse ist nicht erst seit Roy Black und der Fernsehserie »Ein Schloss am Wörthersee« fest in der Sehnsuchtslandschaft deutscher Reisender verankert. In seinem Büro mit Seeblick steht Gerald Knes, »Oberbademeister« in der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt, während über dem See eine Drohne des ORF unterwegs ist. Es gibt eine Entscheidung zu bebildern, mit »emotionaler Dimension«, wie Knes sagt: In Klagenfurt darf wieder gebadet werden.

Knes, ein groß gewachsener Mann mit Händen, die anpacken können, und kurz geschorenen Haaren beobachtet erste Schwimmer und Aufreichtpaddler. Sein Verantwortungsbereich – das sind sämtliche drei Strandbäder am Wörthersee – sei ab dem 18. Mai komplett wieder in Betrieb: »Ich bin heilfroh«, sagt er, »dass wir das Ganze jetzt anstarten dürfen.«

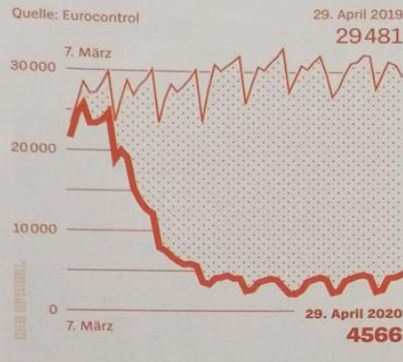
Im bis zu 14 000 Gäste fassenden Klagenfurter Strandbad Maria Loretto von 1927, laut Eigenwerbung eine »Zwischenkriegs-Badeanlage mit klassisch-repräsentativer Grundkonzeption«, darf getestet werden, wie sich das Stranderlebnis im Corona-Sommer 2020 anfühlt. Die Strandbadfläche ist in Nischen unterteilt, die Vorschriften besagen: nicht im Sand liegen; Maske auf dem Weg zum WC umschnallen; Abstandsmarkierungen auf dem Steg beachten.

Mit dem Saisonbeginn in Maria Loretto schon am 1. Mai liefern die Kärntner die erste gute Nachricht seit Langem für die Tourismusnation Österreich. Allein der vorzeitige Abbruch der Wintersportsaison bescherte ein Minus von 1,8 Milliarden Euro. In normalen Jahren wird oberhalb von Ischgl und Hintertux noch gewedelt, wenn am Wörthersee bereits der Badebetrieb beginnt. Die Touristensaison in Österreich ist straff durchgetaktet.

Noch haben viele Deutsche ihre gültigen Buchungen für Kärnten nicht storniert. Das wiederum hat zur Folge, dass Österreicher, die ihre geplanten Reisen an die kroatische oder italienische Küste nicht antreten können, sich nun sogar bei der Suche nach heimischen Quartieren hinten anstellen müssen – obwohl Urlaub auf den »Dahamas«, wie die Boulevardzeitungen spotten, also Urlaub daheim, mittlerweile heftig beworben wird.

Leerer Himmel

Zahl der täglichen Flüge im europäischen Luftraum im Vergleich zum Vorjahreszeitraum



Die »Dahamas« – die dürften auch bei den Deutschen zu den Gewinnern dieses Sommers zählen. »Unterkunftsformen, bei denen man weitgehend autark sein kann, wie Ferienwohnungen, Hausboote oder Campingmobile, könnten als erste wieder am Start sein«, sagt Norbert Kunz, Geschäftsführer des Deutschen Tourismusverbands.

Mit etwas Abstand werde dann die deutsche Hotellerie- und Gastro-Szene folgen, natürlich immer unter penibel zu befolgenden Abstandsauflagen. Er rät, für den Urlaub auch weniger bekannte Regionen in Erwägung zu ziehen. Doch laut dem Präsidenten des Deutschen Reiseverbands, Norbert Fiebig, der die Deutschen lieber wieder in alle Welt reisen sähe, dürfte die Masse der Heimaturlauber kaum unterzubringen sein. »Aus meiner Sicht«, sagt er, »ist das völlig unrealistisch.«

Fährt man Ende April nach Sylt, braucht man viel Fantasie, um hier eine Ferieninsel zu sehen. An der Auffahrt zum Verladebahnhof für den Autozug steht die Polizei und befragt alle Passagiere; nur Erstwohnungsbewohner und Arbeitspendler dürfen auf die Insel. Alle anderen hätten auch wenig Freude: Die Hotels und Restaurants sind für Touristen geschlossen.



Touristiker Calheiros, Präsident de Sousa
Fantasie braucht der Mensch

Die Strandpromenade von Westerland ist verwaist, ebenso die als »Whiskymeile« verschriene Straße Strönwai in Kampen. In den Supermärkten sind die Gänge leer, aber die Regale voll, es gibt Toilettenpapier, und Kunden bekommen nicht verkaufte Osterschokolade geschenkt.

Moritz Luft sitzt in seinem Büro in einem ehemaligen Westerländer Postgebäude, an der Wand hängt ein Monitor für Telefonkonferenzen. Luft ist Chef von Sylt Marketing und oberster Imageverantwortlicher der Insel. »Sylts Abhängigkeit vom Tourismus liegt bei über 90 Prozent«, sagt er. Regelmäßig tauscht er sich mit Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) aus, es geht darum, wie die Wiedereröffnung der Insel für Touristen möglich sei. Nicht immer sind die beiden einer Meinung. »Ein Szenario wird erwogen, dass nur 50 Prozent der Kapazitäten genutzt werden dürfen«, sagt Luft. »Das würde aus unserer Sicht nicht funktionieren. Was soll ich den Urlaubern sagen, die mit Buchungsbestätigung nach Erreichen der 50 Prozent anreisen?«

Und die möchten kommen, meint Luft. Die Küste biete viele Vorteile. »Man wünscht sich ans Wasser, sieht Freiheit und Horizont.« Luft rechnet mit deutlichen Zuwächsen im Sommer. Übersetzt heißt das: Die Insel könnte überrannt werden.

Rund um Ostern, Pfingsten oder in den Sommerferien kommt Sylt schon seit Jahren an seine Kapazitätsgrenze, in Zeiten von Corona könnte das zu Problemen führen auf einer Insel, die normalerweise gerade mal fünf und derzeit zehn Intensivbetten im einzigen Krankenhaus hat. Luft hat deshalb mit den Gastronomen und Hoteliers eine Gefährdungsanalyse erstellt. Demnach könnten etwa Ferienwohnungen, Hotels oder Restaurants wieder schnell öffnen, wenn sie wichtige Schutzvorkehrungen treffen.

»Restaurantbesuche ohne Reservierung wird es wohl noch seltener geben können. Um das richtig zu steuern, wird man um digitale Lösungen nicht herumkommen«, sagt er. Auch in Hotels könne man viele Prozesse digitalisieren, etwa den Check-in. Wellnessbereiche werden es am schwersten haben. Von Spuckschutzwänden am Strand hält Luft nichts, wohl könnte es aber einen Mindestabstand für Strandkörbe geben.

Schwarzwald statt Teneriffa, Ruderboot statt Kreuzfahrt nach Venedig, Spaziergang an der Mosel statt Reise zum Taj Mahal? Es wäre ungewohnt für viele Deutsche.

Es wäre – Moment, da war doch ein Wort in der Diskussion, bevor Corona kam – es wäre: nachhaltiger.

Es wäre das, was ernsthafte Klimaschützer sich wünschen: Der Mensch möge es

Titel



STEFAN KLEINOWITZ / DER SPIEGEL

Kärnten, Österreich 3,3 Millionen Touristen pro Jahr

wichtiger nehmen, dass die Sehnsuchtsorte erhalten bleiben, als dass er sie alle besucht haben muss.

Es wäre ein harter Schnitt für Menschen, die Reisen fast schon als Lebenszweck betrachten, die zwischen Dezember und Februar ganz selbstverständlich einen zweiten Sommer in Südafrika oder Vietnam erleben und so lässig über Bars in Bangkok plaudern wie über die in Berlin. Auch der Individualtourismus ist ja Massentourismus, nur zeitlich etwas gestaffelt.

Die Demonstranten von »Fridays for Future« hatten die Diskussion darüber in Gang gebracht, in der nun wieder der alte Siebzigerjahrespruch von Hans Magnus Enzensberger ausgegraben wurde: »Der Tourist zerstört, was er sucht, indem er es findet.«

Das Zerstören war billig, jahrelang. Der knallharte Wettbewerb zwischen Fluglinien und Veranstaltern sorgte bis vor Kurzem für Europa-Städtetrips zum Preis einer Taxifahrt. Die Kollateralschäden trugen Orte wie Barcelona, Lissabon oder Venedig.

Damit dürfte es fürs Erste vorbei sein. Weil Flugzeuge, Hotels und Restaurants nicht mehr voll ausgelastet werden können, müssen die Preise steigen, damit die Anbieter Gewinne erwirtschaften können.

Wird Reisen also wieder zu einem Privileg der oberen Zehntausend, wie es vor der Liberalisierung des Flugverkehrs vor rund 30 Jahren der Fall war?

Das wohl nicht. Aber es wird anders.

Der Trend zum Zweit- oder Dritturlaub wird schwächer werden und damit auch ein Teil der CO₂-Belastung durchs Fliegen.

Die Generation Weltreise muss ihr Lebensmodell überdenken, wenn sie sich die Flugtickets nicht mehr leisten kann.

Wo sollen jetzt all die Instagram-Fotos entstehen, die bisher die Feeds vieler 20- und 30-Jähriger fluteten? Die bearbeiteten Selfies auf der Piazza Navona und vor dem Tafelberg, das vegane Hummus in irgendeiner Weltstadt, der bunte Cocktail an irgendeinem Strand?

Was Greta Thunberg nicht schaffte, könnte das Virus erledigen – in Rekordzeit.

Schon jetzt ist der Himmel oft so klar, dass es einen fast irritiert. Die Verkehrsgeräusche sind so leise. Die Vögel so laut.

Wie, wenn es mehr Natur in der Nähe gäbe? Weniger Logistikhallen, Parkflächen, Gewerbegebiete – mehr Landschaft, die den Gedanken an Erholung erlaubt?

Ökoträumereien? Vielleicht. Aber auf solche Träume kommt man, wenn man sieht, wie sich Sehnsuchtsorte zurzeit von den Sehnsüchtigen erholen.

Es ist leise in Saint-Tropez, keine Hubschrauberrotoren rattern, keine Sport-



STEFAN KLEINOWITZ / DER SPIEGEL

»Oberbademeister« Knes in Klagenfurt
»Ich bin heilfroh«

wagen jaulen, »noch nicht mal in meiner Kindheit«, sagt der Besitzer des Club 55, »habe ich den Strand je so gesehen«.

In Rom badet niemand im Trevi-Brunnen. In Venedig überschattet kein Kreuzfahrtschiff die Stadt.

Lissabon, sonst von Kreuzfahrttouristen und Billigreisenden geflutet, ist zum Dorf geworden. Über dem zentralen Platz Rossio nur noch Möwenschreie, Taubengurren, unter den Bäumen der Avenida da Liberdade geht es sich wie in einem durchzweichten Wald, keine Tuc-Tucs knattern, keine Busse, keine lautstark geführten Touristentruppen. Es ist derzeit, als ob sich die Stadt neu kennenlernt.

Die Straßenbahnlinie 28 kann tatsächlich zum Erledigen der Einkäufe dienen und nicht als Sardinendose für Cityhopper. Auf dem Pflaster der Baixa lassen sich die eigenen Schritte hören. Das sind seit Jahren unbekannt Erfahrungen. Die Strandbars in Caparica sind wieder so verlassen und von Sand bedeckt wie in alten Wimwenders-Filmen.

Der Tourismus ist der Wachstumsmotor in Portugal gewesen und maßgeblich der Grund, weshalb sich hier eine der letzten sozialdemokratischen Regierungen Europas halten konnte. Noch der Februar deutete ein Rekordjahr an, mit 10 bis 14 Prozent Wachstum bei Buchungen, Umsatz und Zahl der Beschäftigten. Jetzt spricht der Chef des portugiesischen Tourismusverbands, Francisco Calheiros, von einem »Tsunami«, von einem »unsichtbaren Feind«, von Rückgängen um 95 Prozent bei den Übernachtungen.

Aber: »Wir haben einen neuen Unique Selling Point, und das ist nicht der Bacalhau.« Ähnlich wie Kroatien möchte Portugal seine relativ guten Infektionswerte als Werbemittel einsetzen, um Touristen anzulocken. »Wir arbeiten an einem Zertifikat für Hotels, Restaurants, Flughäfen, dass dort alles Menschenmögliche für die Sicherheit geboten wird. Masken, Quarantäne-Ebenen, ausschließlich Room-Service zum Frühstück.« Man müsse Fantasie haben, sagt Francisco Calheiros.

Fantasia. Seit Wochen liegt ein Kreuzfahrtschiff, die »MSC Fantasia«, vertäut am Cruise Terminal, fast menschenleer. Die Passagiere sind längst zum Flughafen gebracht worden, nur die Mannschaft ist verurteilt, an Bord auszuharren. Bald werden sich die ersten Rostschlieren zeigen. Ein Geisterschiff.

Giorgos Christides, Dinah Deckstein, Frank Hornig, Martin Knobbe, Steffen Lüdke, Walter Mayr, Martin U. Müller, Peter Müller, Britta Sandberg, Christoph Schult, Alexander Smolczyk, Barbara Supp, Gerald Traufetter

„Spiegel-Gespräch: Ein Gipfeltreffen europäischer Intellektueller“, 2.5.2020
Diskussion zwischen Intellektuellen aus verschiedenen Ländern (unter anderem Frankreich) über das Leben in der Krise und die Zukunft Europas



Schriftzug in Paris*: Wie wird der Kontinent nach Corona aussehen?

»Das Virus ist blind, das Virus ist dumm«

SPIEGEL-Gespräch Ein Gipfeltreffen europäischer Intellektueller: A. L. Kennedy, Francesca Melandri, Bernard-Henri Lévy, Geert Mak und Jaroslav Rudiš unterhalten sich über ihr Leben in der Krise, die Zukunft Europas – und darüber, ob Sex oder gar Humor uns retten könnten.

SPIEGEL: Frau Kennedy, Frau Melandri, Herr Lévy, Herr Mak, Herr Rudiš: Das Coronavirus hat Europa in eine Krise gestürzt, auf die niemand vorbereitet war. Wie gehen Sie damit um? Und was bedeutet das für unsere Kultur?

Kennedy: Grundsätzlich ist es für mich als Schriftstellerin erst einmal nichts Besonderes, für längere Zeit allein zu sein. Natürlich reisen wir und bewegen uns. Aber wir müssen uns auch immer wieder zu-

rückziehen. Ich kenne allerdings viele Menschen, die Sorgen haben, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht. Denen das Einkommen wegbriecht, die nicht wissen, wo wir in zwei Jahren stehen werden.

SPIEGEL: Sie sind Schottin. Sind Sie mit ihrem Premier in London zufrieden?

* Auf Deutsch: Das schlimmste Virus ist der Staat. Das Gespräch führten die Redakteure Tobias Rapp und Nils Minkmar per Videokonferenz.

Kennedy: Wir werden von einem Zirkus regiert. Man weiß morgens buchstäblich nicht, welcher Clown am Nachmittag welche Lüge erzählt. Das ist wirklich erschütternd. Darüber reden die Leute natürlich, und ich merke, wie sich Wut anstaut. Man möchte schreien! Aber wenn zur Grausamkeit die Dummheit dazu kommt, werden die Dinge klarer. Und in gewisser Art ist die Coronakrise nur die Steigerung der Brexit-Verrücktheit.

THOMAS COEX / AFP

Lévy: Für mich ist es gerade eine sehr langweilige und traurige Zeit. Es ist doch ein Klischee, dass die Einsamkeit der natürliche Zustand des Schriftstellers sei. Ja, für manche mag das gelten. Aber ist nicht das Schreiben eine Revolte gegen die Einsamkeit und das Eingeschlossenheit? Mir fällt es sehr schwer, in dieser Situation zurechtzukommen. Bevor der Lockdown begann, war ich in Bangladesch, einem der abgelegensten Orte der Welt, um zu berichten, wie man dort mit dieser Situation umgeht. Dies aufzuschreiben, ist meine Pflicht – aber es macht mir keinen Spaß.

SPIEGEL: Frau Melandri, Ihr »Brief aus der Zukunft«, der Ende März auch im SPIEGEL erschienen ist, ging um die Welt und hat viele Menschen berührt. Wie ist die Situation in Italien jetzt?

Melandri: Wenn ich höre, was A.L. Kennedy über Großbritannien sagt, muss ich sofort an Norditalien denken. Es ist so grotesk, was dort passiert, dass ich lachen müsste, wenn nicht so viele Menschen einen einsamen und schrecklichen Tod sterben würden. Ich lebe allerdings in Rom, und wie im Rest Italiens ist es hier vollkommen anders. Der Lockdown wird langsam gelockert.

SPIEGEL: Macht Sie das optimistisch?

Melandri: Ich bin müde. Alle sind müde. Es stehen keine Leute mehr auf den Balkonen und singen.

SPIEGEL: Herr Rudiš, Sie sind Tscheche, aber in Berlin gelandet.

Rudiš: Ich lebe eigentlich in zwei Ländern, ich pendle zwischen Berlin und Prag. In dieser Krise habe ich mich entschlossen, in Berlin zu bleiben, ohne zu wissen, wie lange das dauern würde, es gibt im Augenblick keine regelmäßigen Verbindungen mehr. Was sehr eigenartig ist. Vor der Krise fuhr alle zwei Stunden ein Zug, der diesen wunderbaren Speisewagen hatte, wo man Bier trinken konnte, lesen und aus dem Fenster schauen. Das schien die Normalität zu sein. Jetzt fühle ich mich an die Zeit des Eisernen Vorhangs erinnert. Damals saß ich fest, wenn ich reisen wollte, dann ging das nur in meinem Kopf. Nun kann ich nicht mal nach Polen fahren, die Grenze ist zu. Das ist alles sehr eigenartig, wie ein Besuch in der Vergangenheit.

SPIEGEL: Wie ist es in den Niederlanden, Herr Mak?

Mak: Ich lebe in einem kleinen Dorf, mir geht es gut. Aber ich bin sehr besorgt, wie alle Menschen. Alles ist gestoppt. Alle Routinen sind ausgesetzt. Ich verspüre eine neue Art von Glück, auf der einen Seite. Ich bin neulich in Amsterdam gewesen, eine Stadt wie aus dem Märchen. Es sind keine Touristen dort, die Straßen sehen wieder aus, wie sie vielleicht vor hundert Jahren einmal ausgesehen haben. Gleichzeitig wird manches sichtbar, was bislang

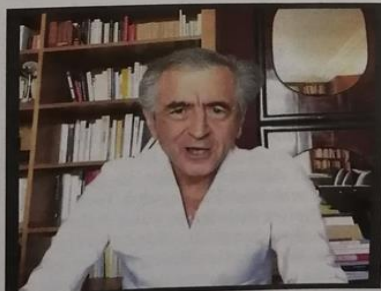
im Verborgenen lag: Das Wasser in den Grachten etwa ist sauber, man sieht auf einmal den ganzen Müll, der sich auf dem Grund angesammelt hat.

Lévy: Das Märchen, das du siehst, Geert, ist dein Märchen. Ich sehe keine Märchen. Ich sehe eine Katastrophe, eine Tragödie. Schau dich um! Die Leute sitzen in ihren kleinen Wohnungen und haben Angst, dass sie ihre Arbeit verlieren. Und wenn ich mich in Paris umschaue, sehe ich keine Schönheit. Paris ohne Menschen ist hässlich! Beängstigend. Ein leeres, dunkles Desaster. Ja, die Seine ist sauberer, der Himmel blauer. Aber wenn mich diese Stadt an irgendetwas erinnert, dann an den Krieg, an 1940. An die Tagebücher von Ernst Jünger, wenn er den Himmel beschreibt, der so klar ist.

SPIEGEL: Sie lesen jetzt Ernst Jünger?

Lévy: Nein, ich kann mich nicht hinsetzen und ein Buch lesen. Ich mache mir Sorgen über das, was sich gerade zusammenbraut. Natürlich gibt es Zusammenhalt gerade, solidarisches Handeln. Aber wir beugen uns nicht! Wir können uns nicht mehr die Hände schütteln. Die Hände zu schütteln ist ein genuin republikanischer Akt! Ich kann für den Moment sehr gut mit diesen Einschränkungen leben, aber langfristig sind sie eine Katastrophe für unsere Welt.

Mak: Bernard, ich sehe das genau wie du. Dieses Amsterdam, das aussieht wie ein Märchen, ist natürlich ein Albtraum. Die Wirtschaft ist am Boden, das Leben steht still, es gibt keine öffentliche Kultur mehr. Du bringst es auf den Punkt: Die staatlichen Maßnahmen sind wichtig – aber auch gefährlich. Sie erinnern an dunkle Zeiten.



Bernard-Henri Lévy, 71, lebt in Paris. Zuletzt erschien sein Briefwechsel mit Michel Houellebecq.

»Social Distancing ist ein fürchterlicher Begriff.«

SPIEGEL: Werden wir, wenn das Virus besiegt ist, einfach in unsere frühere Normalität zurückkehren können?

Melandri: Wir können uns nicht mehr frei bewegen, das ist die wichtigste Freiheit, die wir verloren haben. Und das hat viele Aspekte, es geht ja nicht nur um unsere Wohnungen, sondern auch um die Grenzen unserer Länder. Wir haben uns daran gewöhnt, uns als Europäer zu fühlen. Ich habe zwei Kinder, das eine lebt in Frankreich, das andere in Deutschland. Jetzt gibt es auf einmal wieder Grenzen. Ich weiß nicht, wann ich sie wieder in den Arm nehmen kann. Ich bin viel gereist in meinem Leben. Ich konnte das, weil ich einen europäischen Pass habe. Das gibt mir eine Ahnung davon, was für große Teile der Menschheit normal ist. Dass man sich nicht frei bewegen kann, dass man nicht zurück zur Familie kann, wenn man eine Grenze überquert hat.

Lévy: In Bangladesch haben wir riesige Gettos, Stadtviertel, die von Mauern umgeben sind, die Menschen dort leben in schrecklichem Elend. Das ist die Welt von morgen, unsere Zukunft, wenn wir uns nicht wehren.

Melandri: Ich wollte nur sagen, dass wir unsere Freiheit immer für selbstverständlich gehalten haben und dass ich gerade merke, wie es ist, wenn sie fehlt. Die Frage, was uns diese Krise lehrt, mag ich nicht. Aber durch die Erfahrung, dass man sich nicht bewegen kann, bekomme ich ein Gefühl für unsere privilegierte Freiheit.

Lévy: Es ist nicht das Gleiche. Wir haben funktionierende Krankenhäuser, wir haben verlässliche Regierungschefs wie Angela Merkel oder Emmanuel Macron, was in dieser Krise viel wert ist.

Melandri: Ich sage nur: Wir spüren unsere Privilegien. Wenn sie fehlen.

Lévy: Wo ich dir zustimmen würde: Die Idee, dass das Virus eine Botschaft hat, ist Quatsch. Wir hören das von der Linken und von der Rechten, und es ist falsch. Die religiöse Rechte glaubt, das Virus sei eine Strafe für unsere Dekadenz, auf der Linken ist es die Rache der ausgebeuteten Erde. Aber das Virus ist blind, das Virus ist dumm. Es hat uns nichts zu sagen.

Kennedy: Das Virus ist aber die Realität. Und unser Fokus sollte im Augenblick sein, damit umzugehen. Das heißt: keine Menschen in Gefahr zu bringen. Deshalb sitze ich in meinem Haus. Natürlich ist das ein Nicht-Ereignis. Aber Leute versehen es mit Bedeutung. Geben ihm eine Geschichte. Politiker geben der Situation eine Erzählung. Danach wird es keine altbekannte Normalität mehr geben, in die wir zurückkehren können. Die Normalität von gestern hat uns in diese Situation gebracht. Eine Gesundheitsversorgung, die nicht ausreicht. Arme Leute, deren Probleme zu Problemen der ganzen Gesellschaft wer-

Coronakrise

den. Wer übernimmt derzeit die ganzen Jobs, bei denen man mit anderen Leuten in Verbindung kommt: Pakete ausfahren, in den Krankenhäusern arbeiten? Schwarze und asiatische Briten. Die sterben auch überproportional. Das sollten wir uns klar machen.

Lévy: Wir müssen aus diesem Albtraum herausfinden, das ist das Wichtigste.

Kennedy: Das ist auch eine Erzählung.

Lévy: Nein. Wenn man akzeptiert, dass das Virus keine Botschaft hat, dass es einfach nur den Tod bringt, dann gibt es hier



Francesca Melandri, 55, lebt in Rom. Ihr Roman »Alle außer mir« kam 2018 heraus.

»Alle sind müde. Niemand singt mehr auf dem Balkon.«

keine Erzählung. Wir müssen unsere Familien retten. Wir müssen die Maßnahmen der Regierungen unterstützen: Aber wir müssen vor allem aufpassen, dass wir am Ende nicht in einer Welt aufwachen, die schlechter ist als unsere jetzige. Deshalb sollten wir vermeiden, uns in irgendwelchen Märchen zu verlieren über die Schönheit der Welt oder die vermeintliche Simplität unseres Lebens gerade.

Kennedy: Wir können natürlich sagen: Das ist das Endspiel. Wenn es keinen Impfstoff gibt, sind wir verloren. Aber das ist mir zu sehr in Schwarz-Weiß gedacht. Ich lebe in Großbritannien. Wir haben schon eine Katastrophe hinter uns. Wir haben alle schon Klopapiervorräte angelegt und Konservendosen im Keller: wegen des Brexits. Wir haben den einfachen Zugang nach Europa schon verloren, den Pass, von dem Francesca vorhin sprach. Alles ändert sich gerade. Nur was ist mit dem Klimawandel? Gegen den werden wir weiter kämpfen müssen.

Rudiš: In Mitteleuropa gibt es eine Menge Politiker wie die in unserer Regierung, die es ganz gut finden, dass weniger gereist wird. Warum auch, sagen die. Bleibt zu

Hause, da ist es sicher! Ich befürchte, dass das Europa, in dem wir gelebt haben, unter Druck gerät. Das hat bestimmt mit Ungeschicklichkeiten zu tun, etwa dass die Deutschen den Italienern am Anfang nicht so geholfen haben, wie sie gekonnt hätten. Aber die Zahl der Tschechen dürfte ziemlich groß sein, die nun sagen: Lasst die Grenzen zu! Wir sind doch sicher hier in unseren böhmischen Tälern. Wir brauchen Europa nicht. Ohne Touristen ist es doch viel schöner. Ich höre diese Stimmen.

Lévy: Unser Leben hatte sicher eine zu hohe Geschwindigkeit in den vergangenen Jahren. Wir können langsamer werden, können in einer demokratischen Debatte darüber sprechen, wie wir uns eine andere Welt vorstellen. Oder wir machen es so wie jetzt: aus heiterem Himmel. Alles anhalten und mit diesem wirtschaftlichen Totalabsturz, der nun droht, ganze Weltgegenden ins Elend stoßen. Die Entschleunigung kann kein Putsch sein! Die Diskussion über den Klimawandel ist wichtig, ihn zu bekämpfen auch – aber doch nicht mit diesem künstlichen Koma, dieser eingefrorenen Welt.

Melandri: Wobei die Grenzen nicht geschlossen bleiben, wenn es um Profit geht. In Deutschland ist Spargelzeit. Da können ohne größere Probleme Tausende rumänische Saisonarbeiter kommen, weil der Spargel geschnitten werden muss. Das haben wir sehr genau wahrgenommen in Italien.

Kennedy: Bei uns ist es wie in Tschechien. Wir brauchen niemanden, heißt es, wir sind die tapferste und mutigste Nation – und trotzdem geht natürlich niemand freiwillig auf die Felder, um zu ernten.

Rudiš: Meine liebste Geschichte im Augenblick ist die von Herrn Peterka, der als Kellner im Speisewagen des Zugs von Prag nach Hamburg arbeitet. Im März, kurz vor dem Shutdown, saß ich zuletzt bei ihm, und er wunderte sich, weil der Zug leer war und niemand sein Bier und seine Schnitzel wollte. Vor ein paar Tagen habe ich ihn angerufen. Er ist zu Hause, er lebt im Altvatergebirge in der Grenzregion zwischen Polen und Tschechien. Dort arbeitet er jetzt in einer Fabrik, die Blumentöpfe herstellt – für deutsche Baumärkte. Wie geht es Ihnen?, habe ich gefragt. Er sagte, er freue sich darauf, die Blumentöpfe auf den Balkonen in Berlin und Dresden zu sehen. Wenn die Züge wieder fahren.

SPiegel: Das Social Distancing wird jedoch bleiben. Wo führt das hin?

Lévy: In die Traumwelt von Mark Zuckerberg. Social Distancing ist wie erfunden für die Konzerne der Social Media. Virtuelle statt echte Freunde. Menschliche Beziehungen, die ihren körperlichen Aspekt verlieren und nur noch virtuell statt-

finden. Eine Welt, in der wir alle in unseren Zellen sitzen und mit technischen Hilfsmitteln mit den anderen kommunizieren.

Kennedy: Bernard, wir sind alt. Ich glaube, dass jüngere Leute vieles an der Situation weniger einengend finden. Sie füllen die virtuellen Freundschaften mit einer Realität, die wir älteren Leute ihnen nicht geben können. Sie haben Freunde überall auf der Welt.

Lévy: Social Distancing ist ein fürchterlicher Begriff. Eine Welt, die davon geprägt ist, ist eine fürchterliche Welt. Es ging immer darum, soziale Distanzen kleiner werden zu lassen. Ist das nicht der Kern des Humanismus? Des sozialen Fortschritts? Und jetzt sollen wir mit Abstand glücklich werden?

Melandri: Die Kinder werden uns retten. Hier in Rom, wo ich lebe, können die Kinder im Augenblick nicht nach draußen, deshalb spielen sie auf den großen gemeinschaftlichen Terrassen, die viele Häuser hier haben. Ich kann das von meiner Wohnung aus sehen. Ich bin nicht wirklich besorgt, Bernard – die Kinder werden uns sehr schnell zurück in die Welt des körperlichen Austauschs holen, sie können gar nicht anders.

Kennedy: Sex wird uns retten. Wir sind darauf programmiert, uns zu berühren. Die Zugriffszahlen von Online-Pornografie haben sich vervielfacht – weil wir in unseren Wohnungen bleiben müssen. Wir wollen andere Menschen berühren. Das ist ein Feuer, das so schnell nicht gelöscht werden wird. Das sage ich als Schottin zu einer Italienerin und einem Franzosen. Aber wenn ich mit meinen Freunden in London spreche, die in ihren kleinen Wohnungen sitzen, habe ich das Gefühl, als



Geert Mak, 73, lebt in der Nähe von Amsterdam. Er schrieb »Europa. Eine Reise durch das 20. Jahrhundert«.

»In der Tiefe unseres Herzens wären wir am liebsten Briten.«



Jaroslav Rudiš, 47, lebt in Berlin und Prag. Zuletzt veröffentlichte er seinen Roman »Winterbergs letzte Reise«.

»Es gibt eine Menge Ressentiments gegen Deutsche.«

könnte die Befreiung vom Lockdown ziemlich orgiastisch werden.

Lévy: Das hoffe ich!

Melandri: Darüber denkt doch jeder im Augenblick nach: sich den Nächsten zu greifen.

Rudiš: Ich hoffe, wir werden den Humor nicht verlieren, denn den brauchen wir. Das ist gerade für uns Tschechen sehr wichtig. Wir haben in den schlimmsten Zeiten Witze über die Nazis gemacht. Auch über die Sowjets. So haben wir das 20. Jahrhundert überlebt. Wir haben jetzt sehr ernst über diese Krise gesprochen, zu Recht natürlich. Aber ich möchte auch sagen: Diese Krise ist herrlich grotesk!

SPIEGEL: Das Europa der vergangenen Jahrzehnte war eine Welt, in der Grenzen an Bedeutung verloren haben. Tatsächlich war die Realität der Grenze jahrhundertlang das, was Europa ausgemacht hat. Kehren wir dahin zurück?

Lévy: Die vergangenen Jahrzehnte waren die gute Ausnahme von der schlechten Regel. Es war Fortschritt. Ich werde alles tun, dass diese Ausnahme von der Geschichte bestehen bleibt. Möchte ich in einer Welt leben, in der die Ärzte aus Russland kommen und die Masken aus China und in der die Populisten Diktatoren hofieren? Nein. Das ist die Alternative zu Europa. Das geeinte Europa war ein Traum, sicher. Aber er war besser als das, was sich als Alternative abzeichnet.

Mak: Europa war und ist ein Friedensprojekt. Das vergisst man leicht, nach so vielen Jahren ohne Krieg. Klar, es gibt eine stärkere Betonung des Nationalen, seit Jahren schon. Und das wird sich in dieser Krise eher verstärken. Die Gesundheitsversorgung ist nationalstaatlich organi-

siert. Sie ist kein Teil des europäischen Projekts.

SPIEGEL: Die Nation schützt.

Mak: Ganz genau. Die Nation gibt Sicherheit. Tatsächlich weiß niemand wirklich, was gerade passiert. Wir sind verwirrt, wir müssen uns orientieren. Und in dieser Unsicherheit müssen gravierende Entscheidungen gefällt werden, mit denen zukünftige Generationen leben müssen. Es werden gerade enorme Summen in die Wirtschaft gepumpt, Hunderte Milliarden Euro. Wie dieses Geld ausgegeben wird, entscheidet über die Zukunft: Wer bekommt es, wer bekommt es nicht? Das sind Entscheidungen, die zukünftige Generationen belasten werden. Sie werden das Geld zurückzahlen müssen. Dafür müssen wir Verantwortung übernehmen. Aber die Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft, die hat noch gar nicht richtig angefangen – obwohl das Geld schon fließt.

SPIEGEL: Deutschland wird aller Wahrscheinlichkeit nach vergleichsweise stark aus dieser Krise hervorgehen. Wie sehen Sie uns?

Kennedy: In der britischen Presse kommt Deutschland so gut wie nicht vor. Wir interessieren uns nicht für den Vergleich mit einem Land, das ein verhältnismäßig gut organisiertes Regierungshandeln hat. Wir schauen in die USA. Vor allem, würde ich sagen, weil sie noch schlechter dran sind als wir. Wenn auch nicht viel. Insofern fällt es mir sehr schwer, auf die Frage zu antworten. Es gibt keine geordnete Medienlandschaft mehr in Großbritannien. Der Brexit hat die gesamte Debatte derart vergiftet, dass wir im Augenblick nicht in der Lage sind, über unseren Tellerrand hinaus zu blicken oder gar Erwartungen an andere Länder zu formulieren.

Rudiš: Es gibt eine Menge Ressentiments gegen Deutsche, da sollten wir uns nichts vormachen. Je länger die Grenzen geschlossen bleiben, desto stärker werden sie. Allen Verbindungen zum Trotz.

Melandri: Deutschland und Italien, das ist das Yin und Yang in Europa. Ich würde ganz grundsätzlich sagen, dass die Deutschen nicht vergessen sollten, dass es zwar innerhalb von Europa keine Grenzen mehr gibt, allen Kontrollen zum Trotz. Dass aber die Kontrolle der Außengrenzen an Italien und Griechenland outgesourcet worden ist. Die Grenze in Lampedusa ist auch die deutsche Grenze. Das Gefühl, in dieser Krise allein zu sein, wurzelt in dem Gefühl, in der Grenzfrage nicht genug unterstützt worden zu sein.

Mak: Die Holländer haben ja eigentlich Angst vor dem Kontinent. Wir wären in der Tiefe unseres Herzens am liebsten Briten. Und die Angst vor Europa wurde historisch immer auf Deutschland projiziert, aus gutem Grund, wie der Zweite

Weltkrieg zeigte. Ich glaube allerdings, dass die Angst jetzt weg ist. In der großen Unsicherheit, in der wir nun leben, schaut ganz Europa auf Deutschland. Wer führt, wenn die Briten weg sind? Also hört bitte auf, Angst vor der Verantwortung zu haben. Natürlich werden viele Menschen schimpfen. So ist das, niemand mag den Stärksten. Aber Deutschland bildet das verlässliche, stabile Zentrum Europas.

Lévy: Ich möchte zweierlei sagen. Zum einen bin ich voller Bewunderung für Angela Merkel. Alle haben sie unterschätzt: Helmut Kohl, Gerhard Schröder, die Männer in ihrer Partei und die Medien. Wieder und wieder. Und jetzt? Alle dachten, sie sei am Ende. Tatsächlich hat sie in der Krise vorbildlich agiert. Zum anderen: Deutschland möchte nicht führen. Das finde ich gut. Denn in Europa gibt es diese Führung nicht. Viele Leute glauben, dass das mit der Geschichte zu tun hat. Aber das stimmt nicht. In Wirklichkeit ist



A. L. Kennedy, 54, lebt in Wivenhoe. Ihr Roman »Süßer Ernst« erschien 2018.

»Die Befreiung vom Lockdown könnte orgiastisch werden.«

diese politische Formation, die sich mit der Europäischen Union herausgebildet hat, etwas Neues: Es gibt keinen Chef. Das ist ein Grundprinzip Europas. Ich wünsche mir etwas anderes: Angela Merkel und all die anderen Regierungschefs sollten sich nach dieser Krise treffen und sich an eine Neuformulierung Europas machen. Europa ist auf den Ruinen des Totalitarismus und des Kolonialismus entstanden. Wir können Russland und China nicht die Führung in einer Welt überlassen, in der auf die USA kein Verlass mehr ist.

SPIEGEL: Frau Kennedy, Frau Melandri, Herr Lévy, Herr Mak, Herr Rudiš, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Finanzkrise nahmen diese Hürde.

Ist es nun besser, zu verkaufen oder die Krise einfach auszusitzen? Die Zahlen zeigen: Bei Kursverlusten von 10, 20 oder 30 Prozent kann Aussetzen zu einem nervenaufreibenden Vabanquespiel werden. Es geht aber nicht nur um die Frage, wie weit die Kurse noch fallen können. Weitere Wertverluste sind umso leichter zu ertragen, je besser die Aussichten auf baldige Erholung sind. Diese hängen jedoch davon ab, wie schnell die Krisenursache beseitigt oder anderweitig kompensiert werden kann.

Aber auch ohne genaue Ursachenforschung gibt ein Blick auf die Zahlen Aufschluss über die Bandbreite möglicher Erholungsszenarien. Eine Analyse der bisherigen 78 Kursrückschläge um mehr als fünf Prozent lässt erkennen, dass das Tempo auf dem Weg nach unten für die Geschwindigkeit der anschließenden Erholung keine wesentliche Rolle spielt. Die Hoffnung auf einen V-förmigen Verlauf der Corona-Krise, also dass dem rasanten Absturz auch wieder eine schnelle Erholung folgt, wird von den Daten nicht gestützt. Vielmehr ist die Absturztiefe ein signifikanter Indikator für die Dauer bis zur Rückkehr zum Vorkrisenniveau. Ein Rückschlag von zehn Prozent wurde im Mittel nach drei Monaten wieder aufgeholt. Bei 20 Prozent Verlust dauert es im Schnitt ein Jahr und bei 30 Prozent fast zwei Jahre.

Und wie stehen die Aussichten heute? Sollte der Dow Jones mit 37 Verlustprozenten den Tiefpunkt in der Corona-Krise bereits erreicht haben, dann sollte, statistisch gesehen, der Index das Vorkrisenniveau von 29 551 Punkten in drei Jahren wieder erreichen. Statistiker nennen eine derartige Aussage eine Punktschätzung: die plausibelste Modellschätzung anhand der vorliegenden Daten.

Die sogenannte Intervallschätzung soll hingegen die Unsicherheit und somit die Bandbreite möglicher Szenarien veranschaulichen. Dabei hängt die statistische Unsicherheit wesentlich von der Datenmenge ab. In unserem Fall ist die Unsicherheit hoch, denn die Anzahl der Börsenkrisen hielt sich - erfreulich aus Anlegersicht, aber zum Bedauern der Statistiker - in den vergangenen 135 Jahren in Grenzen. Die Intervallschätzung ergibt, dass der Dow im optimistischen Fall das Vorkrisenniveau bereits in einem Jahr wieder erklimmen könnte. Im pessimistischen Szenario könnte er dafür allerdings sechs Jahre brauchen. Welches Szenario das wahrscheinlichere ist, hängt vom Erreichen einer medizinischen Lösung ab, aber auch davon, inwieweit der Corona-Schock den Finanz- und Bankensektor in Mitleidenschaft zieht.

Der statistische Krisen-Check liefert Anhaltspunkte, wie es weitergehen kann. Darauf verlassen kann sich der Anleger natürlich nicht. Denn der Corona-Crash kann auch ganz anders verlaufen als seine Vorgänger. Erfolgreich beim Investieren ist auf Dauer nur, wer Risiken und Unsicherheiten berücksichtigt. Ob Joseph diese bei seinen Siebenjahres-Prognosen bedachte, ist nicht überliefert. Er wurde zum Getreideverwalter des Pharaos ernannt und ging aufgrund seiner einträglichen Geschäfte als einer der ersten Spekulanten in die Geschichte ein.

Stefan Mittnik ist Professor für Finanzökonomie in München und Mitgründer des digitalen Vermögensverwalters Scalable Capital.

Grenzpendler im Homeoffice

VON MICHAEL KEMPER

In Grenzregionen pendelt mancher Arbeitnehmer zum Arbeiten von Deutschland in ein Nachbarland. Um zu vermeiden, dass Einkünfte dann gar nicht oder gar doppelt besteuert werden, weist das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen den betroffenen Staaten (DBA) das Besteuerungsrecht an den Einkünften regelmäßig dem Land zu, in dem der Grenzpendler seiner Tätigkeit tatsächlich nachgeht. Aber derzeit arbeiten viele Grenzpendler coronabedingt im Homeoffice. Einige DBA legen fest, dass das Überschreiten einer bestimmten Anzahl an Tagen, an denen der eigentliche Tätigkeitsstaat (das Nachbarland) nicht aufgesucht wird, zu einem teilweisen Wechsel des Besteuerungsrechts führen kann.

Um das zu vermeiden, wurden bereits erste Sonderregelungen auf den Weg gebracht. Arbeitstage, an denen wegen der Corona-Krise der Steuerpflichtige im Homeoffice arbeitet, können als in dem Staat verbracht gelten, in dem die Tätigkeit auch normalerweise ausgeübt worden wäre. Eine Bescheinigung des Arbeitgebers muss dann nachweisen, an welchen Arbeitstagen die Tätigkeit aufgrund der Pandemie im Homeoffice ausgeübt wurde. Außerdem muss das anteilige Gehalt für die betreffenden Arbeitstage im Nachbarland tatsächlich besteuert werden.

Für diese Sonderregelungen hat das Bundesfinanzministerium mit den Niederlanden, Luxemburg und Österreich sogenannte Konsultationsvereinbarungen veröffentlicht. Diese sind bereits auf Arbeitstage im Zeitraum vom 11. März bis zum 30. April 2020 anzuwenden. Die Vereinbarungen verlängern sich danach automatisch vom Ende eines Kalendermonats zum Ende des nächsten Kalendermonats, sofern sie nicht von der zuständigen Behörde eines der Vertragsstaaten mindestens eine Woche vor Beginn des jeweils folgenden Kalendermonats gekündigt werden (Konsultationsvereinbarungen vom 6. April, vom 8. April und vom 16. April 2020).

Grenzpendler nach Luxemburg, Österreich und in die Niederlande sollten daher für die Corona-Zeit erfassen, an welchem Ort sie sich tatsächlich aufgehalten haben und an welchem Ort sie sich normalerweise aufgehalten hätten.

Auch Grenzpendler in die übrigen Nachbarländer sollten die weiteren Entwicklungen im Auge behalten, ob ähnliche Vereinbarungen geschlossen werden. Ansonsten droht ein Wechsel des Besteuerungsrechts. Nichtsdestotrotz sollten vorsorglich entsprechende Nachweise geführt werden.

Der Autor ist Steuerberater und Partner bei EY.

Die Position

Ideen machen unabhängig

Globalen Krisen müssen wir mit europäischen Innovationen begegnen VON ANNA CHRISTMANN UND DANYAL BAYAZ

Der Aufschrei vor einigen Wochen war groß: Das Tübinger Biotech-Unternehmen CureVac verhandelte angeblich mit der Trump-Regierung über einen Impfstoff gegen das Coronavirus – exklusiv für die USA. CureVac und sein Hauptinvestor Dietmar Hopp stellten bald klar, dass es zu solchen Verhandlungen nie gekommen sei. Der Impfstoff werde für die ganze Welt entwickelt.

Der Fall CureVac – wie auch immer die Gespräche genau verlaufen sein mögen – zeigt: Um Krisen bewältigen zu können, sind wir nicht nur auf Innovationen angewiesen. Wenn wir Abhängigkeiten verhindern wollen, sollten Innovationen auch aus Deutschland und Europa kommen. Es geht um unsere technologische Souveränität – auch gegenüber dem staatsautoritären China und einer *America first*-Politik. Andere Länder stellen mehr und gezielter Geld für Forschung und Entwicklung bereit. Trump ist nicht ohne Grund auf CureVac gekommen. Schon früh wurde das Unternehmen durch die Forschungsagentur Darpa des amerikanischen Verteidigungsministeriums

gefördert. Vergleichbares Geld für Forschungsprojekte gibt es bei uns bisher kaum. Ein Investor wie Dietmar Hopp ist eher die Ausnahme als die Regel.

»Whatever it takes« sollte auch für die Förderung von Forschungsprojekten gelten. Unsere Ausgangslage – in Deutschland wie in Europa – ist eigentlich gut: Spitzenforscherinnen und -forscher, herausragende Universitäten, ein erfolgreicher Mittelstand und viel privates Kapital. Doch darauf können wir uns nicht ausruhen. Es braucht Veränderungen in drei Bereichen:

1. Auf Innovationen setzen

Für den künftigen Erfolg unserer Wirtschaft werden völlig neue Geschäftsmodelle und Technologien von zentraler Bedeutung sein. Solche Innovationen verlangen vom Staat mehr Mut in der Förderung. Die neue Agentur für Sprunginnovationen des Bundes ist ein Anfang. Das Silicon Valley wäre ohne starke staatliche Unterstützung niemals so erfolgreich geworden. Diese Bundesagentur

braucht jetzt den nötigen finanziellen Aufwuchs. Und sie muss konsequent europäisch aufgestellt werden – vernetzt mit anderen nationalen Agenturen und dem Europäischen Innovationsrat (EIC). Und: Nicht jede geförderte Idee wird Früchte tragen. Eine erfolgreiche Innovationspolitik braucht die Bereitschaft zu Versuch und Irrtum.

2. Ausgründungen aus der Wissenschaft stärken

Ausgründungen aus der Wissenschaft sind ein entscheidender Schritt, damit Innovationen verwertet werden. Es braucht bessere Bedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, damit Ideen zur Reife gebracht werden können. Bestehende Förderprogramme des Wirtschaftsministeriums wie Exist reichen oft nicht aus. Wir müssen in Gründungszentren an Hochschulen investieren. Außerdem müssen die Anreize für Forschende stimmen, mit ihren Ideen die Selbstständigkeit zu wagen. Statt komplizierter Lizenzierungen sollte die stille Beteiligung von Forschungseinrichtungen und

Hochschulen im einstelligen Prozentbereich zum neuen Ausgründungsstandard werden.

3. Start-ups dauerhaft eine Heimat geben

Innovative Unternehmen zu fördern ist eine Sache, sie dauerhaft hier zu halten eine andere. Unser Wagniskapitalmarkt ist immer noch unterentwickelt. Ein staatlicher Wagniskapitalfonds wäre entscheidend, gerade in Bereichen wie Greentech, künstliche Intelligenz oder Life Sciences. Mittelfristig würde sich mit staatlichen Anströben auch ein Markt für privates Risikokapital entwickeln. Es ist kein Naturgesetz, dass Ideen ins Silicon Valley abwandern – es könnte auch umgekehrt sein. Dabei sind wir auf private Investoren angewiesen. Der Staat kann das nicht allein stemmen. Der Staat kann allerdings dafür sorgen, dass eine innovative und unternehmerische Forscher-, Gründer- und Investorenlandschaft entsteht, die globale Probleme lösen kann. Damit sichern wir Wohlstand und Lebensqualität in unserem Land.

Foto: D. Christmann



Dr. Anna Christmann

ist Sprecherin für Innovations- und Technologiepolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



Dr. Danyal Bayaz

ist Leiter des Wirtschaftsbeirats der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wenn die Grenze zur Mauer wird

Deutsche Unternehmen dürfen ihre Kunden in Frankreich nicht versorgen

chs. PARIS. Tanja und Daniel Kruss führen im badischen Kehl ein Einrichtungshaus, das nur einen Kilometer von der deutsch-französischen Grenze am Rhein entfernt liegt. Franzosen gehören seit langem zur Stammkundschaft. „Doch seit Wochen sind wir von ihnen abgeschnitten, wir dürfen nicht rüberfahren“, klagt Tanja Kruss. Ihr Mann hat am 13. März seine letzte Küche zu einem französischen Kunden gefahren und dort installiert. Die nebenanliegende Brücke „Pont Pierre Pflimlin“, die 2002 unter freudigen deutsch-französischen Freundschaftsbekundungen eröffnet wurde, ist verwaist. Daniel Kruss bedauert auch, dass gleichzeitig die Franzosen nur unter strengen Bedingungen nach Deutschland dürfen, wenn überhaupt. Die übliche Einkaufsfahrten der Franzosen, die sich in Deutschland etwa mit für sie billigeren Zigaretten, Benzin und Drogerieartikeln indecken, sind zum Erliegen gekommen.

Die Corona-Pandemie hat die nationalen Grenzen zurückgebracht. Wegen der stärkeren Verbreitung des Virus im östlichen Frankreich sind damit auf deutscher Seite leider auch wieder hässliche Ressentiments aufgelebt, weil Ansteckungen befürchtet werden. Die Unternehmer, die meist pragmatisch denken, sind die ersten, die das beklagen. „Ich hoffe nicht,

dass diese Animositäten bleiben“, sagt der Unternehmer Kruss.

Heute liegen an der deutsch-französischen Grenze Blockaden in zwei Richtungen vor: Die Deutschen machen es vor allem den französischen Bürgern schwer, über die Grenze zu kommen – sogar jenen, die in deutschen Unternehmen arbeiten. Die Gesundheitsbehörden verlangen im Prinzip eine häusliche Quarantäne von zwei Wochen, wenn man nach der Definition des Robert-Koch-Instituts aus einem Risikogebiet wie dem Großraum Paris oder Grand Est kommt. Im Gegenzug haben die Franzosen den Grenzübertritt in ihr Land heruntergefahren. Wichtige Gründe müssen nun vorliegen – den Partner sehen zu wollen oder ein Ferienhaus zu renovieren gehören nicht dazu. Deutsche Unternehmen werden an der Grenze gestoppt, wenn sie nicht als Spediteure fremde Waren transportieren, sondern auf eigene Rechnung unterwegs sind, zur Montage oder zur Wartung kommen. Tausende von Unternehmen sind von den beiderseitigen Erschwernissen betroffen, darunter auch solche, die jeweils im Nachbarland ihren Sitz haben. Nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein in Lahr haben sich 450 französische Unternehmen in Deutschland entlang der Grenze sowie rund 930 deutsche Firmen im Elsass und in Lothrin-

gen niedergelassen, darunter Industrieunternehmen, Händler aus den Bereichen Elektro, Möbel oder Auto sowie Dienstleister. „Sehr viele Küchenbauer melden sich derzeit bei uns, weil sie nicht mehr über die Grenze dürfen“, berichtet Pascale Mollet-Piffert, Mitglied der Geschäftsleitung bei der IHK Lahr.

Die französische Regierung hat Passagierscheine ausgestellt, mit denen Ausnahmen von der Ausgangssperre dokumentiert werden müssen. Doch die Lage der grenzüberschreitenden Unternehmen aus Deutschland ist darin nicht vorgesehen. So darf etwa ein deutsches Unternehmen, das eine Geschäftsstelle in Frankreich hat, seine Filiale nicht mit seinem eigenen Fahrzeug beliefern. Ein deutscher Bäcker, der in Deutschland Brot und Kuchen backt, kann seine Läden in Frankreich nicht mit seinem Kombi ansteuern. Auch ein Unternehmer, der in Frankreich seinen Steuerberater treffen will, weil er dort eine Steuererklärung ausfüllen muss, darf nicht rüber. Will ein Weinhändler einen Winzer in Frankreich besuchen, um etwa ein paar Paletten Wein abzuholen, wird er ebenfalls an der Grenze scheitern. Er könnte dafür ein Transportunternehmen anheuern, doch für viele ist das zu teuer. Der anfallende Schaden trifft beide Seiten: Der deutsche Lieferant bleibt auf seiner Ware sitzen und hat höhere Lagerkosten, dem französischen Kunden fehlt die Bestellung. „Durch diese problematischen Arbeitsbedingungen geraten sowohl deutsche als auch französische Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten“, beklagt Mollet-Piffert. Die Französin arbeitet selbst in Lahr und Freiburg, wohnt aber in Straßburg. Täglich ist sie wegen der Grenzkontrollen daher mit längeren Wartezeiten konfrontiert. „Durch diese Krise wird deutlich, dass alle Länder wie in einem Puzzle verschachtelt sind. Das sollte niemand in Europa vergessen“, sagt sie.

Am 11. Mai will Frankreich seine Ausgangssperre aufheben, doch der sanitäre Notstand soll noch bis zum 24. Juli anhalten. Die Grenzkontrollen werden noch einige Wochen dauern, sagt ein Sprecher des französischen Innenministeriums in Paris. Doch man habe sich in deutsch-französischen Regierungskonsultationen vor zehn Tagen versprochen, Lösungen zu finden, die pragmatischer an die jeweiligen Lagen der Grenzgänger angepasst sein sollen.



Die Polizei kontrolliert an der deutsch-französischen Grenze.

Foto Frank Röth

„Info Coronavirus: Maßnahmen und Einreisebestimmungen in Frankreich“,
14.5.2020

Überblick über die Situation in Frankreich (Regeln und Einreisebestimmungen)

Besucher/Touristen:

Die Ein- und Ausreise innerhalb und außerhalb des europäischen Raums ist derzeit verboten. Die Situation wird am 15. Juni 2020 auf europäischer Ebene neu bewertet.

Für Personen, die in das Gebiet einreisen und nicht aus dem europäischen Raum kommen, wird es möglicherweise Regelungen zu 14-tägigen Quarantäne- oder Isolationsmaßnahmen geben.

Der vorläufige Zeitplan für die Eröffnung von Restaurants, großen Museen, touristischen und kulturellen Sehenswürdigkeiten wird Ende Mai bekannt gegeben.

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite des französischen Ministeriums für Europa und Auswärtige Angelegenheiten.

Ausgangssperre in Frankreich

Maßnahmen seit dem 11. Mai

Nach der Eindämmungsphase vom 17. März bis 10. Mai sind am 11. Mai 2020 in Frankreich gelockerte Maßnahmen in Kraft getreten.

- Das Verlassen des Wohnortes innerhalb eines Umkreises von 100 km ist nun wieder erlaubt. Personen, die mit dem Auto reisen, wird empfohlen, einen Wohnsitznachweis (Ausweis, Nachweis über eine Autoversicherung, Rechnung o.Ä.) mit sich zu führen.
- Es ist jedoch verboten, sich über eine größere Entfernung als 100 km Luftlinie von seinem derzeitigen Wohnort zu entfernen, es sei denn es handelt sich um dasselbe Departement.

- Ausnahmen sind aus zwingenden beruflichen oder familiären Gründen möglich, z.B. aufgrund eines Todesfalls oder um eine schutzbedürftige Person zu unterstützen. Die Kontrollen werden in Bahnhöfen, Flughäfen, auf der Straße und der Autobahn durchgeführt.
- Die Geldstrafe beträgt 135€ für diejenigen, die sich nicht an die Regelungen halten. Das Mitführen eines Formulars unter Anfrage des Reisegrunds ist Pflicht.

Personen aus dem Ausland, die sich derzeit in Frankreich befinden, wird empfohlen, sich mit der Botschaft ihres Herkunftslandes sowie ihrer Fluggesellschaft bzw. mit dem Anbieter, der die Reise organisiert hat (Reiseveranstalter/Reisebüro), in Verbindung zu setzen.

Informationen im Falle einer Stornierung oder Verschiebung:

- Air France
- SNCF
- Thalys
- Eurostar

Ausgangssperre in Frankreich

Einteilung in rote und grüne Zonen

Am 11. Mai wurde die Einteilung Frankreichs in rote und grüne Zonen je nach Höhe der Fallzahlen des Coronavirus eingeführt.

In den roten Zonen können zusätzlich zu den unten beschriebenen Maßnahmen weitere Einschränkungen gelten, wie z.B. die Schließung von Parks und Gärten oder ein Nutzungsverbot von öffentlichen Verkehrsmitteln während der Stoßzeiten aus nicht beruflichen Gründen (in der Region Ile-de-France).

In allen Zonen müssen bestimmte Hygiene- und Distanzierungsmaßnahmen eingehalten werden:

- Seit dem 11. Mai sind Versammlungen von maximal 10 Personen auf der Straße und in privaten Bereichen erlaubt.
- Wiedereröffnung aller Geschäfte und Dienstleistungsanbieter (neben Apotheken, Lebensmittelgeschäften, Banken, Tabakläden und Tankstellen, die auch während der Ausgangssperre geöffnet hatten).

- Das Tragen einer Maske wird empfohlen und kann von Einzelhändlern verlangt werden. In Geschäften, in denen der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden kann, gilt eine Maskenpflicht.
- Märkte, die im Freien abgehalten werden, können durch eine Sondergenehmigung stattfinden, während Einkaufszentren mit mehr als 40.000 m² bis auf Weiteres geschlossen bleiben müssen.
- Das Betreten der Wälder ist wieder erlaubt.
- Alle öffentlichen Orte wie Bars, Restaurants, Theater, Kinos, Kinos und große Museen, bleiben mindestens bis zum 2. Juni 2020 geschlossen. Kleine Museen, Mediatheken und Bibliotheken dürfen jedoch seit dem 11. Mai schon wieder öffnen. Bars und Restaurants dürfen Lebensmittel zum Mitnehmen verkaufen.
- Hotels können, wie bereits während der Ausgangssperre, mit Zimmerservice geöffnet bleiben.
- Strände und Seen sind mindestens bis zum 2. Juni geschlossen, es sei denn, die Präfekturen erteilen auf Antrag des Bürgermeisters der betreffenden Gemeinde besondere Ausnahmegenehmigungen.
- Große Festivals, Sportveranstaltungen und Zusammenkünfte von mehr als 5.000 Personen sind mindestens bis September verboten.
- Die Ausübung von Individualsportarten ist erlaubt, die Ausübung von Mannschaftssportarten bleibt jedoch verboten.
- Der öffentliche Dienst bleibt geöffnet, insbesondere die Verkehrsdienste, wobei die Anzahl der Fahrten abnimmt. Spezifische Maßnahmen zum Schutz und zur sozialen Distanzierung wurden eingeführt: reduzierte Belegung (nur jeder zweite Sitzplatz), Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln und Taxis, Einschränkung des Verkehrs zwischen den Départements, reduzierter interregionaler Verkehr usw. Weitere Informationen finden Sie insbesondere auf den Webseiten der SNCF und der RATP (Externer Link) .
- Anlaufverbot von Häfen für Schiffe mit mehr als 100 Passagieren, die nach Korsika fahren; Anlauf- und Ankerverbot in Häfen und in den Binnen- und Hoheitsgewässern der Übersee-Départements und -regionen (Guadeloupe, Martinique usw., La Réunion, Französisch-Polynesien sowie Saint-Barthélemy und St. Martin, St. Pierre und Miquelon sowie Wallis und Futuna) - es sei denn, der für das jeweilige Gebiet zuständige Staatsvertreter gewährt eine Ausnahme.

- Eine schrittweise Wiedereröffnung der Schulen ist ab dem 11. Mai geplant, mit Ausnahme der Hochschuleinrichtungen, die bis zum Sommer geschlossen bleiben.
- Franzosen werden seit dem 16. März nachdrücklich aufgefordert, sofern möglich, im Home Office zu arbeiten. Arbeitszeiten sollten nach Möglichkeit gestaffelt werden, um keine Verkehrsstaus zu verursachen.

Ein FAQ zum Coronavirus Covid-19 finden Sie auf der Website der französischen Regierung (frz.): <https://www.gouvernement.fr/info-coronavirus#questions>

Weitere Informationen, insbesondere bezüglich der von der französischen Regierung beschlossenen Wirtschaftsmaßnahmen, finden Sie hier (engl): <http://www.atout-france.fr/content/covid-19-1>.

Welche Verhaltensweisen sind zu beachten, um die Ausbreitung des Coronavirus zu begrenzen?

Es gibt einige Verhaltensweisen, die sich leicht im Alltag umsetzen lassen und die dazu beitragen, die eigene Gesundheit und die der Mitmenschen zu erhalten:

- Waschen Sie Ihre Hände sehr regelmäßig;
- Husten oder Niesen in den Ellenbogen;
- Verwenden Sie Einwegtücher und werfen Sie sie anschließend weg;
- Begrüßung ohne Händeschütteln, Vermeidung von Umarmungen;
- Tragen Sie bei Krankheit eine Maske.

„Corona Frankreich aktuell“, 4.5.2020

Überblick über die Lage in Frankreich

Schrittweise Lockerung der Corona-Maßnahmen, Ligue 1 abgebrochen – So ist die Lage in Frankreich

Frankreich ist im Krieg. Im Krieg mit dem Coronavirus. So hat es Präsident Emmanuel Macron formuliert. Und klar ist schon jetzt: Der „Krieg“ stellt Frankreich vor große Probleme.



Bis Frankreich zur Normalität zurückkehren kann, wird es wie in allen Ländern auch, lange dauern – das Bild stammt aus der Zeit vor Corona. Ab 11. Mai sollen die Corona-Maßnahmen in Frankreich schrittweise gelockert werden.

© Foto: Aurelien Morissard/dpa

„Nous sommes en guerre“ – wir sind im Krieg. So deutlich drücken sich Politiker – besonders Staatsoberhäupter – selten aus.

Doch Emmanuel Macron hat die Worte bei seiner Ansprache Anfang März bewusst gewählt. Er weiß, wie sehr die Franzosen unter dem Coronavirus leiden. Und welche Folgen die Krise haben kann. Für Frankreich und für seine politische Karriere.

Infiziert sind in Frankreich nach Angaben der Johns Hopkins Universität, Stand 4. Mai, 15.32 Uhr: 168.925 Menschen

- Gestorben sind 24.900 Menschen, die mit dem Virus infiziert waren.
- Geheilt sind 50.885 Menschen.

Stärkster Wirtschaftseinbruch in Frankreich seit 1949

Update vom 30. April

Frankreichs Wirtschaft hat im ersten Quartal wegen den Folgen der Corona-Krise den stärksten Konjunkturunbruch seit mehr als 70 Jahren erlitten. In den ersten drei Monaten des Jahres sei die Wirtschaftsleistung um 5,8 Prozent im Vergleich zum Vorquartal geschrumpft, teilte das nationale Statistikinstitut INSEE am Donnerstag nach einer ersten Schätzung mit.

Der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ist laut INSEE der stärkste seit 1949. Das Ausmaß habe auch den Einbruch von 1968 übertroffen, als Streiks die Wirtschaft belastet hatten. Als Grund für den schweren konjunkturellen Rückschlag in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Eurozone gelten harten Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Mitte März wurde Frankreichs Wirtschaft im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus heruntergefahren.

Frankreich will mehrere Atomreaktoren vom Netz nehmen

Heruntergefahrene Wirtschaft heißt auch heruntergefahrener Stromverbrauch: Daher zieht Frankreich die zeitweise Abschaltung mehrerer Atomreaktoren in Betracht. Der französische Energiekonzern EDF begründete dies am Donnerstag mit einem Rückgang des Stromverbrauchs um bis zu 20 Prozent. Grund sei die geringere Wirtschaftsaktivität im Land. Dem Energieriesen zufolge könnte „die Produktion von mehreren Kernreaktoren in diesem Sommer und Herbst ausgesetzt werden, um Brennstoff in diesen Blöcken einzusparen“.

Um welche Reaktoren es sich handele, teilte der Konzern nicht mit. Man habe die Schätzungen für die Nuklearproduktion für dieses Jahr wegen der Corona-Pandemie nach unten revidiert, hieß es weiter.

Tour de France auf 29. August verschoben

Die Tour de France ist ein Heiligtum für Frankreich – jetzt wurde sie verschoben. Als letztes Großereignis des Sommers hat nun auch das größte Radrennen der Welt kapituliert. Das teilten die Organisatoren am Mittwoch mit. Ursprünglich vorgesehen war die Tour de France am 27. Juni. Die Große Schleife soll nun vom 29. August bis zum 20. September durch Frankreich führen. „Wir wollten mit dem Termin so weit wie möglich von der Pandemie weg“, sagte Christian Prudhomme, Chef des Tour-Veranstalters ASO, der französischen Nachrichtenagentur AFP: „Der Präsident hat den 14. Juli als Frist für öffentliche Großveranstaltungen festgelegt, aber wir wollen den Fahrern Zeit geben, um in Bestform zu kommen.“

Franzosen unzufrieden mit Macron

Trotz der strengen Regeln steigt die Patienten-Zahl weiter – und damit der Druck auf den Präsidenten. Zwar ist der Präsident laut manchen Umfragen so beliebt wie seit seiner Wahl nicht mehr. Eine deutliche Mehrheit der Franzosen bewertet das Krisenmanagement Macrons in Umfragen aber negativ. Seine Reaktion: Er stimmt ungewohnte, nationalistische Töne an.

Der Verfechter des Freihandels wirbt neuerdings für den Grundsatz "Made in France". Der Staatschef will Frankreich wieder unabhängig von China machen – zumindest was medizinisches Material wie Schutzmasken und Beatmungsgeräte betrifft. „Wir müssen mehr auf unserem eigenen Boden produzieren, um unsere Abhängigkeit zu verringern“, sagte Macron. Hintergrund: Frankreich hatte eine Milliarde Schutzmasken in der Volksrepublik bestellt – weil die heimische Produktion den Bedarf momentan nicht stemmen kann.

Baden-Württemberg stoppt die Aufnahme französischer Patienten

Und das ist nicht das einzige Problem. Auch bei der Versorgung der Corona-Patienten ist Frankreich weit von der angestrebten Unabhängigkeit entfernt. Die Krankenhäuser sind überlastet, etliche Infizierte werden notgedrungen in Deutschland behandelt. Beispielsweise in Baden-Württemberg. Doch dort hat Landesregierung jetzt genug. „Die aktuelle Lageeinschätzung lässt derzeit keine weiteren Aufnahmen aus dem Ausland zu“, schrieb das Sozialministerium an die Kliniken in am 1. April.

„EU-Wiederaufbauplan: Endlich wieder Liebe“, Stand 18.5.2020

Artikel über Ergebnisse der Pressekonferenz von Angela Merkel und Emmanuel Macron

EU-Wiederaufbauplan: Endlich wieder Liebe

Die neuen deutsch-französischen Pläne für einen europäischen Wiederaufbaufonds werden in Frankreich fast einhellig bejubelt. Dabei ist auch viel Wunschdenken im Spiel

Eine Analyse von Georg Blume, Paris



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron während der gemeinsamen Pressekonferenz mit Kanzlerin Angela Merkel © Francois Mori/AFP/Getty Images

Die Pariser Tageszeitung Le Monde sprach von einer "Revolution". Der sonst eher nüchterne Nachrichtenansager des französischen BFM-Fernsehens sah "Deutschland und Frankreich vereint wie nie".

Damit schien das Urteil links des Rheins eindeutig. Denn so verhalten die ersten Reaktionen in Deutschland auf die Pläne für einen 500 Milliarden Euro umfassenden Wiederaufbaufonds durch Kanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron wirkten, so groß war noch am selben Tag der Jubel in Frankreich.

„Eine gute Überraschung“, nennt Sébastien Maillard, Leiter des Pariser Jacques-Delors-Instituts, den deutsch-französischen Wiederaufbauplan. „Schon lange war der deutsch-französische Motor kaputt“, analysiert er und denkt dabei an die gesamte dreijährige Amtszeit von Macron. Das Zerwürfnis sei so weit gegangen, dass der französische Präsident zuletzt „in den wichtigsten Fragen ohne Deutschland agierte“, sagt Maillard. Zum Beispiel, als Paris im März die Einführung europäischer Corona-Bonds als Antwort auf die Pandemie mit Ländern wie Spanien, Belgien und Irland vorschlug. Oder als Paris vor einem Jahr das Ziel der europäischen CO₂-Neutralität für das Jahr 2050 vorschlug – jedes Mal, so Maillard, preschte Paris ohne Berlin vor. „In der ganzen Corona-Krise war die deutsch-französische Zusammenarbeit bislang überhaupt nicht Teil der Lösung“, bilanziert er, nur um das Ergebnis des Tages umso mehr zu preisen: „Merkel hat das Prinzip von Transfers in Europa akzeptiert, und dass die Europäische Union dafür frisches Geld aufnimmt. Das ist neu, das ist stark.“

Dominique Moisi, ehemaliger Harvard-Professor und Mitbegründer des Französischen Instituts für Internationale Beziehungen (Ifri), erklärt sich die französische Begeisterung mit den Ereignissen der vergangenen Wochen. „Nach dem Urteil der Karlsruher Verfassungsrichter, dass die europäische Zentralbank den Euro infrage zu stellen schien, glaubten in Frankreich viele, dass der Bruch mit Deutschland endgültig sei“, sagt Moisi. Auf die Karlsruher Richter, glaubt er, hätten Macron und Merkel nun eine passende Antwort gefunden: „Der Glaube ist zurück, dass in Europa alles möglich ist, wenn Deutschland und Frankreich sich verstehen.“

Auch Maillard glaubt, dass der Richterspruch wesentlich zum Sinneswandel der Kanzlerin beigetragen hat. "Das Karlsruher Urteil hat darauf gedrängt, Haushaltsmaßnahmen auf europäischer Ebene zu treffen, damit die Zentralbank nicht allein die Unterstützungsmaßnahmen in der Krise schultert", gewinnt er dem in Frankreich bisher so kritisch interpretierten Urteil des Verfassungsgerichts nun sogar gutes ab.

Der deutsch-französische Motor ist wieder da

Gemein ist den meisten französischen Reaktionen das Lob der Kanzlerin. Viele Jahre lang erzielte Angela Merkel in französischen Umfragen weit höhere Wertschätzung als die Regierenden in Paris. Das änderte sich erst, als Macron in den Élysée-Palast einzog und Merkel ihn links liegen zu lassen schien. Zugleich glaubten auch viele Franzosen, dass Merkels Zeit an der Macht abgelaufen war. Umso erfreuter ist man nun, dass die alte Bekannte Merkel endlich einen gemeinsamen Weg mit Macron gefunden zu haben scheint. "Deutschland wirkte in der Corona-Krise bisher auf sich selbst bezogen", analysiert Pascale Joannin, Generaldirektorin der Robert-Schumann-Stiftung in Paris. "Nun sieht es so aus, als könne der deutsch-französische Motor Europa wieder Impulse geben."

Moisi allerdings warnt, dass von französischer Seite nun viel "Wunschdenken" im Spiel sei. Schließlich seien sich eben noch alle einig gewesen, dass die europäische Reaktion auf die Corona-Krise bisher nicht auf der Höhe der Zeit war. Und dass der wirkliche Grund dafür sei, dass es zwischen Deutschland und Frankreich nicht laufe. Die Ansagen von Merkel und Macron würden deshalb einen "Kompensationseffekt" auslösen. Doch wie lange der anhält, stellt Moisi dahin. Immerhin, sagt er, sei die Reaktion der Börsen vom Montag unmissverständlich: Sowohl in Paris als auch in Frankfurt zog der Leitindex jeweils um mehr als 5 Prozent an. Moisi führt das auch auf den deutsch-französischen Wiederaufbauplan zurück.

„Sie werden nun alle anderen überzeugen müssen“

Selbst für Insider wie Moisi und Maillard kam überraschend, dass sich Kanzlerin und Präsident schon zu Beginn dieser Woche auf ihren Plan einigten und das Ergebnis in einer erst am Morgen angekündigten gemeinsamen Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsentierte. Während der Pressekonferenz betonten beide immer wieder ihre Einigkeit und sprachen von Kanzlerin und Präsident als "wir beide". Und doch sind sie vor Rückschlägen nicht sicher.

"Es darf kein zweites Merseburg geben", warnt Maillard in Erinnerung an den deutsch-französischen Gipfel in Merseburg bei Berlin im Juni 2018, als die Ansagen von Merkel und Macron im Kreis der übrigen EU-Länder kaum Zuspruch fanden und schnell vergessen waren. "Wir haben genau hingehört", sagte Merkel in ihrer Pressekonferenz mit Macron mit Blick auf genau jene Zweifel, ob beide in der EU überhaupt Gehör finden.

"Sie werden nun alle anderen überzeugen müssen", war sich auch der außenpolitische Kommentator des BFM-Fernsehens, Ulysse Gosset, bewusst. Doch genauso sicher schien er sich, dass es Merkel und Macron gelingt. "Das ist historisch. Wir erleben die Wiedergeburt des deutsch-französischen Paares", sagte Gosset. Da war er wieder, der französische Jubel. Im November 2018 hatte Macron zur Erinnerung an den Ersten Weltkrieg im Bundestag eine Rede gehalten, in der er von der Liebe der Franzosen zu den Deutschen sprach. An diesem 18. Mai konnte man denken, er habe nicht gelogen.

„Covid-19: Die Nachrichten am Montag den 18.05.“

Neues aus den deutsch-französischen Beziehungen

Merkel und Macron wollen gemeinsamen Wiederaufbau

Deutschland und Frankreich wollen die Rezession in der EU wegen der Corona-Krise mit einem Wiederaufbaufonds von 500 Milliarden Euro bekämpfen. Er solle "die am stärksten getroffenen Sektoren und Regionen" über Mittel aus dem EU-Haushalt unterstützen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der deutschen und französischen Regierung. Dazu solle es der EU-Kommission erlaubt werden, auf den Finanzmärkten Kredite im Namen der EU aufzunehmen. Die Corona-Krise erfordere eine "außergewöhnliche, einmalige Kraftanstrengung", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach Beratungen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Dazu seien Deutschland und Frankreich bereit. Ein erstes Paket mit Kredithilfen von bis zu 540 Milliarden Euro war von den EU-Staaten bereits Anfang April vereinbart worden.

Grenzkontrollen werden gelockert

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat bei einem Besuch am Grenzübergang Freilassing Erleichterungen bei den Grenzkontrollen in Aussicht gestellt. Eine bestehe darin, dass alle Grenzübergänge zu Österreich wieder geöffnet werden sollten. Bisher kontrollierten die Grenzpolizei des Bundes und des Freistaates Bayern die Reisenden "systematisch und fast lückenlos". Das soll nun anders werden: "Wir reduzieren uns auf Stichproben an den Grenzen", so Seehofer, was vor allem eine deutliche Erleichterung für Pendler bedeute. Außerdem sollen Menschen aus familiären und dringenden persönlichen Gründen die Grenzen wieder passieren dürfen. Wenn die Infektionszahlen weiterhin so niedrig blieben, sollen die Grenzkontrollen nach dem 15. Juni komplett wegfallen.

Quellenverzeichnis

Girogos Christides, Dinah Deckstein, Frank Hornig (...) Gerald Traufetter, „Sonne, Strand und leer“, DER SPIEGEL, Ausgabe Nr.19 vom 2.5.2020, S. 13-14.

Anna Christmann, Danyal Bayaz: „Ideen machen unabhängig, Globalen Krisen müssen wir mit europäischen Innovationen begegnen“, DIE ZEIT, 29.4.2020, S.35.

„Das Virus ist blind, das Virus ist dumm“, DER SPIEGEL, Ausgabe Nr. 19 vom 2.5.2020, S. 114-117.

Michael Kemper: „Grenzpendler im Homeoffice“, FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG, 3.5.2020, S. 28.

Frank Röth: „Wenn die Grenze zur Mauer wird“, FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG, 5.5.2020, S.18.

„Info Corona-Virus: Maßnahmen und Einreisebestimmungen in Frankreich“:

<https://at.france.fr/de/nuetzliche-tipps/info-coronavirus-die-situation-in-frankreich> (Stand: 20.5.2020)

„Corona Frankreich aktuell“: <https://www.swp.de/panorama/Coronavirus-Frankreich-Ausgangssperre-ausnahmezustand-Corona-Zahlen-Frankreich-so-ist-Lage-aktuell-Tote-Infizierte-wie-viele-an-Corona-erkrankt-sind-Macron-spricht-von-Krieg-45140401.html> (Stand: 20.5.2020)

„EU-Wiederaufbauplan: Endlich wieder Liebe“: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-05/eu-wiederaufbauplan-angela-merkel-emmanuel-macron-coronavirus> (Stand: 20.5.2020)

„Die Nachrichten am Montag den 18.05.“: <https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2020-05/covid-19-aktuell-coronavirus-nachrichten-am-montag-18-mai-2020> (Stand: 20.5.2020)